

Die Arbeiterstimme

499

Z Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostpreußen

1. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 2. September 1925

Nummer 120

Die bolschewistische Marschroute der KPD.

Die Parteiarbeiter für die Exekutivbeschlüsse — Brief der Exekutive an die deutschen Kommunisten — Die Arbeiter-Delegation an die russischen Menschewisten — Jungarbeiter nach Sowjet-Rußland — Lügenbebe im Maslow-Prozess

Die Parteiarbeiter-Konferenz für den Brief der Exekutive

Berlin, 2. September. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern fand im Landtagsgebäude eine Konferenz der Parteisekretäre und politischen Redakteure der KPD statt. Sie schloß mit der Lage in der Partei beschäftigte. An das Referat des Genossen Thälmann schloß sich eine ausführliche Diskussion an. Die Abstimmung am Schluß der Tagung ergab 42 Stimmen für die Resolution, 7 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen. Für den Brief der Exekutive der Komintern stimmten 44, dagegen 6 bei einer Stimmenthaltung. Auszüge aus der Resolution:

1. Die Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure der KPD stellt sich vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse der Komintern in der deutschen Frage.
2. Die Konferenz stimmt der Analyse der politischen Lage in Deutschland zu, wie sie von der Exekutive gegeben wurde.
3. Die Konferenz stimmt der Kritik zu, die von der Exekutive an der bisherigen engeren Parteileitung unter Führung der Genossen Maslow und Ruth Fischer geübt wurde. Insbesondere wurden folgende Fehler begangen:
 - a) Versäumnis der richtigen Einschätzung der neu entstehenden politischen Situation;
 - b) mangelhafte Einschätzung und Durchführung der Gewerkschaftsarbeit;
 - c) trotz scharfer Angriffe gegen die Ultralinken in Wort und Schrift kein bis zu Ende durchgehender, konsequenter, tiefergehender, die ganze Partei ideologisch aufläuternder Kampf gegen den ultralinken Geist, sondern theoretische und politische Konzessionen an die Ultralinken gegenüber der Komintern;
 - d) ein unrichtiges, völlig unerträgliches Verhältnis zur Komintern;
 - e) schwere Fehler im innerparteilichen Kurs, Uebertreibung des mechanischen Kampfes gegen die verschiedenen opportunistischen Strömungen;
 - f) mangelnde kollektive Arbeit innerhalb der Zentrale.
4. Die Durchführung der Beschlüsse der Exekutive erfordert eine Reihe wichtiger Maßnahmen. Die wichtigsten sind:
 - a) richtige Einschätzung und weitest propagandistische Veranschaulichung der beginnenden Wendung der politischen Situation;
 - b) stärkste, entschiedenste Orientierung auf die sich nach links entwickelnden Arbeitermassen in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften;
 - c) Konzentration aller Parteikräfte, aller leitenden Parteiglieder, aller Mitglieder bis auf das Letzte auf die Gewerkschaftsarbeit;
 - d) Neuorientierung der innerparteilichen Linie, Heranziehung aller Elemente, die ehrlich mitarbeiten in allen

Organen der Partei, Ueberzeugung der Mitgliedschaft nicht durch diktatorische Beschlüsse, sondern durch mündliche, offene Diskussion;

- e) unbedingt kollektive Arbeit in allen Parteiorganen von der Betriebszelle bis zum Zentralkomitee;
 - f) völliges Zusammengehen mit der Komintern ohne allen Vorbehalt und ohne alle Schwankungen.
5. Die Gesamtheit der erwähnten neuen Maßnahmen bedeutet selbstverständlich nicht nur organisatorische Umstellung, sondern auch politische Umstellung, aber keinesfalls eine Kursänderung nach rechts, sondern im Sinne der Ausrichtung und Fortentwicklung der bolschewistischen Linie.

6. Die politischen Sekretäre und Redakteure billigen vorbehaltlos den Brief der Exekutive an die deutschen Parteimitglieder, die organisatorischen Beschlüsse der Moskauer Beratungen und die Haltung der deutschen Delegation. Sie verpflichten sich, einheitlich und geschlossen in seiner Organisation und in seinem Wirkungsbereich für diese Linie einzutreten und auch den heftigsten Widerstand gegen sie, von welcher Seite er auch komme, mit ganzer Kraft rücksichtslos zu bekämpfen.

„Neuaufmarsch zum Klassenkampf und Umsturz“

Die Bourgeoisie schlägt die Parteiumstellung ein!

Wie lächerlich die schwachhalsige Deklaration des „Vorwärts“ ist, die von einem Bankrott und von Liquidation des Infanteriekommandos KPD. lababert, beweist am besten ein Artikel der „Berliner Vorzeitung“, der den bezeichnenden Titel trägt:

„Neue Wege zum revolutionären Klassenkampf.“ Diese Zeitung beurteilt die Umstellung der Partei als ein ernst zu nehmendes Beginnen der Kommunisten, die ersten wirtschaftlichen Kämpfe zu verstärken, und kommt zu den Schlussfolgerungen: „Die Gefahr der weiteren Verhäufelung des Klassenkampfes angesichts der zu erwartenden Erhöhung der wirtschaftlichen Not bringt besonders vor. Dieser Gefahr muß das deutsche Bürgertum ins Auge sehen. Wir sind gespannt, wie man sich an den Kandidaten des Bürgertums beim linken Zentrum und bei den Demokraten mit dieser Neugruppierung der revolutionären Kräfte in Deutschland, mit diesem

Neuaufmarsch zum Klassenkampf und Umsturz abfinden wird.“

Die Großbourgeoisie sieht den ernsthaften Willen der Komintern, die Kämpfe zu einem wichtigen und scharfen Instrument des revolutionären Klassenkampfes zu machen, mit ganz anderen Augen an, als die Sozialdemokraten, die da glauben, an der Veripperie der Partei im Trüben sitzen zu können.

Das Programm der Unternehmeroffensive

Es wird nützlich sein, den in Breslau versammelten Gewerkschaftsbureaufüratratern ernsthaft vor Augen zu halten, was das deutsche Unternehmertum will. Am 20. Juni d. J. tagte in Bad Rösen der große Ausschuß des Deutschen Industriekongresses. Auf der Tagung dieses gefährlichsten Schatzkammerverbandes des Unternehmertums hielt Generaldirektor Karl Grünner ein Referat über die „Notwendigkeit des Abbaues der Arbeitsgelegenheit.“

Aus dem Referat des Herrn Grünner wollen wir nur einige charakteristische Stellen hervorheben: „Die Gewerkschaften als die Vertreter der Arbeiterschaft müssen verstehen, daß sich die fürchterliche Lage, in die das deutsche Volk und damit auch die deutsche Arbeiterschaft geraten ist, niemals dadurch ändern läßt, daß man die Röhre in die Höhe zu schrauben sucht, denn das Geld an sich spielt ja letzten Endes keine Rolle.“ (1)

„Auch die Regierung und die geizhobenden Körperschaften müßten den Mut aufbringen, der Arbeiterschaft einmal die Wahrheit zu erklären und ihr zu sagen, daß die Arbeitsgelegenheit der Nachkriegszeit für die Arbeiterschaft von Schaden ist, wie der sorgende Vater dem verhäßtesten Kinde das Zuckerzeug wegnimmt, an dem es sich den Magen verdirbt. Der Vater darf sich vor dem Gehreil und Geheul, das dann anhebt, eben nicht fürchten, weil er mit Erfüllung seiner Pflicht dem unverständigen Kinde ja nur Gutes erweist.“

Die gnäsigste Freiheit, mit der Herr Grünner über die deutsche Arbeiterschaft urteilt, läßt sich gar nicht übertreffen. Aber wodurch ist das Proletariat in eine solche Lage gekommen, daß man es mit dem heulenden Kinde vergleicht, dem das „Stückchen Schokolade“ (das dürftige tägliche Brot!) fortgenommen wird? Weil die opportunistische Führung der deutschen Gewerkschaften dem Unternehmertum eine Konzession nach der anderen machte. Heute glauben die Herren, daß sie sich alles erlauben können.

Im Anschluß an das Referat Grünners wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Lage der deutschen Industrie in ihrer Gesamtheit ist besorgniserregend. Die Ursachen liegen nicht lediglich in den Kriegsfolgen und in den schwierigen außerpolitischen Verhältnissen. Neben dem Raubbau der Steuergelege trägt vor allem die Arbeitsgelegenheit der Nachkriegszeit mit Schuld an dem Niedergange, der sich beim Weiterbestande dieser Gelege noch verschlimmern und zu unhaltbaren Zuständen führen wird. Die Zukunft der deutschen Industrie liegt in dem Problem beschlossen, daß es gelingt, den größten wirtschaftlichen Erfolg mit dem geringsten Verlust an Zeit und Arbeit, also mit dem geringsten Leerlauf, herauszuholen. Dieses Problem fordert auch, daß die zweifache Geschäftstätigkeit, wie sie aus dem Kriegs- und Nachkriegsgelegen auf arbeitsrechtlichem Gebiet erwächst, rücksichtslos aus dem Wirtschaftsleben entfernt werde.“

Die Generalversammlung des über 10 000 Industriebetriebe umfassenden deutschen Industriekongresses fordert deswegen die Aufhebung der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918, soweit diese die Möglichkeit von Zwangsarbeitsverträgen schafft. Der Verordnung über den Schlichtungswesen, insbesondere der Bestimmungen über die Verbindlichkeitsklärung von Schlichtungsprüfungen, ferner der, die Verfügungsfreiheit des Arbeitgebers zum Nachteil der Interessen des Betriebes einschränkenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes (§ 84—88), ebenso der Stilllegungsverordnung, die überhaupt keinerlei praktischen Wert hat, die Arbeitgeber aber mit zweifachen Formalitäten und Zeitverlusten belastet, und endlich der verschiedenen Arbeitsgelegenheitsverordnungen, die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in ungünstiger Weise beeinflussen.“

Das ist alles deutlich genug. Das deutsche Unternehmertum ist einmütig entschlossen, in der Arbeitszeit sich keine Hemmnisse entgegen zu lassen. Das Unternehmertum will das unbegrenzte Recht, die Betriebe stillzulegen und die Arbeiter aufs Pflaster zu werfen; das Unternehmertum will die letzten Reste der Betriebsräterechte abschaffen und wieder völlig Herr im Hause werden. Das Unternehmertum erklärt endlich, daß es das Schlichtungswesen nicht mehr nötig hat, sondern daß es die Arbeiter direkt wieder beschäftigen will.

Nach diesen Grundzügen ist das deutsche Unternehmertum in den letzten Wochen auf der ganzen Front zum Angriff übergegangen. Wir tragen den Gewerkschaften vor, was er zu tun gedenkt, und ersuchen die Unternehmertum, daß die einheitliche Kampflinie der Arbeiter der deutschen und internationalen Arbeiter zu schaffen?

Bürgerlicher Schwindel zum Maslow-Prozess

Die Festschreiber des Herrn Bogl.

Gestern begann vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig der Maslow-Prozess. Der Prozess soll eine Woche dauern und ist als Auftakt zum Zentrale-Prozess im November geplant. Mit den üblichen Mitteln wird in der bürgerlichen Presse die Kommunistenbege bei dieser Gelegenheit betrieben. Wie schamlos und verlogen die Fehlanzeige aus dem Welt geht, zeigt eine Meldung des Nachrichtenbureaus des Vereines Deutscher Zeitungsverleger über den beschriebenen Prozess. Dieses „aut informierte“ Nachrichtenbureau schreibt u. a.:

„Maslow kam im Jahre 1920 aus Rußland nach Deutschland und trat zunächst der USPD bei. Auf dem Deutschen Parteitag ging er zur KPD über, von der er in den Reichstag gewählt wurde. Nach der Hausung im Reichstag im Oktober 1923 wurde Maslow verhaftet. Da Maslow die Immunität als Abgeordneter aufgehoben wurde, konnte das Verfahren gegen ihn erfolgen. Nach der Klage war Maslow über die gesamten Vorgänge in der KPD orientiert; auch soll er ständig mit Rußland in Verbindung geblieben haben. Von ihm aus sind Schriftstücke, Informationen und Befehle an die einzelnen Ortsgruppen gegangen. Es sind eine ganze Reihe von Schriftstücken gefunden worden, die mit Abramowitz, seinem Decknamen, gekennzeichnet sind. Auch für die Krummische Thelagruppe soll Maslow Instruktionen gegeben haben; ebenso soll die Stützpunkt der Parteizentrale auf seine Anregung zurückzuführen sein. Ferner soll er besonders den Hamburger Parteiführer geleitet haben. In seiner gesamten Tätigkeit, die er als

ausführendes Organ des Bolschewismus ausübte, wird nicht nur Beistand zum Hochverrat, sondern vollendeter Hochverrat erblickt, weshalb die Anklage gegen ihn auch aus den §§ 9, 10, 13 und 14 des Reichsverfassungsgesetzes erhoben ist, während bei den bisherigen Kommunistenprozessen nur die §§ 7 und 8 zur Anwendung kamen. Auch die übrigen drei Angeklagten waren hervorragend für die illegalen Ziele der KPD. tätig. Grunewicz war längere Zeit Privatsekretär Maslows.“

Von den angeführten Tatsachen entspricht auch nicht eine einzige der Wahrheit. Der dienstbefehlene Schmod hat so schamlos gelogen, daß ihm wahrscheinlich sogar seine Geldgeber unter den Zeitungsherren den Laufpaß geben werden. Und die sind doch wahrlich nicht feinfühlig in punkto Wahrheitsliebe. Jeder politische Ankläger in Deutschland weiß, daß Maslow nicht Mitglied des Reichstags war. Bei ihm gab es keine Immunität aufzuheben. Ebenso war M. im Oktober 1923 nicht in Deutschland. Er konnte deshalb gar nicht zu dieser Zeit verhaftet werden und auch keinen „Hamburger Putsch“ inszenieren. Wie mit diesen Dingen, Recht es auch mit allen anderen aufgedeckten lächerlichen Behauptungen.

Nach dieser Kostprobe ist ja an Schwindel- und Spiegelmännern in diesem Prozess allerlei zu erwarten.

Dawes hat 18 Millionen Dollar gekündigt

New York. (Eigene Drahtmeldung.) Der Transfer-Agent hat dem Schatzamt mitgeteilt, daß die heute rund 18 Millionen Dollar aus dem Dawesplan eingingen. 14 1/2 Millionen gehen auf die Befehlsgeldern, 3 1/2 Millionen sind für Kapitalrückstellungen für Bürger. Das Schatzamt glaubt, daß der Dawesplan bei geringer Rendite auch weiterhin so vorteilhaft funktionieren werde.